

ÖFFENTLICHES RECHT UND EUROPARECHT AKTUELL.



AUSGABE 46 | 16.11.2018

Institut für Europarecht | Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre
Redaktionelle Leitung: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler | Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer

NEUERSCHEINUNG

Florian Kronschläger

Das NormG 2016 – Ausgewählte Rechtsfragen des Normenwesens

Die Monografie analysiert die dogmatischen Hauptfragen des Normengesetzes 2016.

ISBN 978-3-902883-36-0, IX und 139 Seiten, Harteinband, 35 EUR // zu beziehen ua über www.pedell.at

I. BUNDESGESETZBLATT

BGBl II 278/2018

Verordnung der Datenschutzbehörde über **Verarbeitungsvorgänge, für die eine Datenschutz-Folgenabschätzung** durchzuführen ist (DSFA-V)

BGBl II 279/2018

Verordnung der Bundesministerin für Nachhaltigkeit und Tourismus über die Bereitstellung von Verbraucherinformationen beim Marketing neuer Personenkraftwagen (**Personenkraftwagen-Verbraucherinformationsverordnung 2018** – Pkw-VIV 2018)

BGBl II 280/2018 (Anlage)

Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz betreffend den **Frauenförderungsplan** des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz

BGBl II 281/2018 (Anlage 1; Anlage 2)

Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz betreffend **Institute zur Char- genprüfung**

[BGBl II 282/2018](#)

Verordnung der Bundesministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit und Konsumentenschutz, mit der der **Anpassungsfaktor für das Jahr 2019** festgesetzt wird

II. AMTSBLATT DER EU

[ABI L 282 v 12.11.2018, 5](#)

Richtlinie (EU) 2018/1695 des Rates vom 6. November 2018 zur Änderung der Richtlinie 2006/112/EG **über das gemeinsame Mehrwertsteuersystem** im Hinblick auf den **Anwendungszeitraum der fakultativen Umkehrung der Steuerschuldnerschaft** bei Lieferungen bestimmter betrugsanfälliger Gegenstände und Dienstleistungen und des **Schnellreaktionsmechanismus gegen Mehrwertsteuerbetrug**

[ABI L 284 v 12.11.2018, 1](#)

Verordnung (EU) 2018/1670 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 110/2008 hinsichtlich der **Nennfüllmengen für das Inverkehrbringen von** in einer Destillationsblase hergestelltem und in Japan abgefülltem einfach destilliertem **Shochu** auf dem Unionsmarkt

[ABI L 284 v 12.11.2018, 3](#)

Verordnung (EU) 2018/1671 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zur Änderung der Verordnung (EU) 2017/825 zur **Erhöhung der Finanzausstattung des Programms zur Unterstützung von Strukturreformen** und zur **Anpassung seines übergeordneten Ziels**

[ABI L 284 v 12.11.2018, 6](#)

Verordnung (EU) 2018/1672 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 über die **Überwachung von Barmitteln**, die in die Union oder aus der Union verbracht werden, und zur **Aufhebung der Verordnung (EG) Nr 1889/2005**

[ABI L 284 v 12.11.2018, 22](#)

Richtlinie (EU) 2018/1673 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 über die **strafrechtliche Bekämpfung der Geldwäsche**

[ABI L 284 v 12.11.2018, 31](#)

Beschluss (EU) 2018/1674 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2018 zur Änderung der Entscheidung 2003/17/EG des Rates hinsichtlich der **Gleichstellung von Feldbesichtigungen von Futterpflanzen- und Getreidesaatgutvermehrungsbeständen in der Föderativen Republik Brasilien** und der Gleichstellung von in der Föderativen Republik Brasilien erzeugtem Futterpflanzen- und Getreidesaatgut sowie hinsichtlich der Gleichstellung von Feldbesichtigungen von Getreide-, Gemüse-, Ölpflanzen- und Faserpflanzensaatgutvermehrungsbeständen **in der Republik Moldau** und von in der Republik Moldau erzeugtem Getreide-, Gemüse-, Ölpflanzen- und Faserpflanzensaatgut

[ABI L 289 v 16.11.2018, 1](#)

Endgültiger Erlass (EU, Euratom) 2018/1691 des **Berichtigungshaushaltsplans Nr 5** der Europäischen Union für das **Haushaltsjahr 2018**

[ABI L 291 v 16.11.2018, 1](#)

Verordnung (EU) 2018/1717 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 1093/2010 in Bezug auf den **Sitz der Europäischen Bankenaufsichtsbehörde**

[ABIL 291 v 16.11.2018, 3](#)

Verordnung (EU) 2018/1718 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 zur Änderung der Verordnung (EG) Nr 726/2004 in Bezug auf den **Sitz der Europäischen Arzneimittel-Agentur**

[ABIL 291 v 16.11.2018, 5](#)

Verordnung (EU) 2018/1719 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 14. November 2018 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr 1303/2013 im Hinblick auf die **Mittel für den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt** und auf die **Mittel für das Ziel „Investitionen in Wachstum und Beschäftigung“**

III. VFGH, VWGH, VERWALTUNGSGERICHTE

A. VERFASSUNGSGERICHTSHOF

03.10.2018, [G 189/2018](#)

HeimopferrentenG; StGG; keine Verletzung im Gleichheits- und Eigentumsrecht durch eine Bestimmung des HeimopferrentenG betreffend das **Ruhen der Rentenleistung** für die Dauer der Verbüßung einer Freiheitsstrafe in einer Haftanstalt; keine Unsachlichkeit der Sistierung der Rentenleistung auf Grund der Versorgung des Anspruchsberechtigten aus öffentlichen Mitteln; keine Gewährung von Verfahrenshilfe nach bereits erfolgter Vornahme sämtlicher notwendiger Verfahrensschritte sowie Entrichtung der Eingabengebühr

04.10.2018, [G 133/2018](#)

Niederlassungs- und AufenthaltsG; BVG-Rassendiskriminierung; Abweisung eines Gerichtsantrags auf Aufhebung bzw Feststellung der Verfassungswidrigkeit von Bestimmungen des Niederlassungs- und AufenthaltsG betreffend die **Selbsterhaltungsfähigkeit** als Erteilungsvoraussetzung für einen **Aufenthaltstitel**; kein Verstoß gegen das Diskriminierungsverbot behinderter Menschen und das Sachlichkeitsgebot des BVG gegen alle Formen rassistischer Diskriminierung durch Ausschluss eines Aufenthaltstitels bei Vorliegen einer finanziellen Belastung der Gebietskörperschaften; unterschiedliche Voraussetzungen für die Erteilung von Aufenthaltstiteln und die Verleihung der Staatsbürgerschaft im rechtspolitischen Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers

10.10.2018, [G 144/2018](#)

EnergieeffizienzG; GRC; kein Verstoß gegen das **Rechtsstaatsprinzip** einer im Verfassungsrang stehenden Bestimmung des EnergieeffizienzG betreffend die Verpflichtung von Energielieferanten zur jährlichen **Durchführung anrechenbarer Endenergieeffizienzmaßnahmen**; Prüfung des Verstoßes einer Verfassungsbestimmung gegen ein Recht der GRC im Rahmen der Zulässigkeitsvoraussetzungen eines Individualantrags zur Feststellung nachteiliger Eingriffe der Verfassungsbestimmung in die Rechtssphäre des Antragstellers am Maßstab des jeweiligen Rechts der GRC; keine Aufhebung einer Verfassungsbestimmung wegen Verstoßes gegen ein Recht der GRC; kein Verstoß gegen das Gleichheitsrecht durch Ausschluss der Anrechnung des Austauschs von alten Ölheizungen durch neue Öl-Brennwertgeräte als Energieeffizienzmaßnahme

10.10.2018, [E 2751/2018](#)

FinanzstrafG; keine Verletzung in Rechten wegen Anwendung einer rechtswidrigen generellen Norm betreffend die Abgabenerhöhung als (weitere) Voraussetzung zur Erlangung der **Straffreiheit bei Selbstanzeigen** im Finanzstrafrecht nach finanzbehördlicher Ankündigung; keine Verletzung im Gleichheitsrecht durch die Abgabenerhöhung für vorsätzlich und grob fahrlässig begangene Finanzvergehen; Beseitigung der Strafbarkeit und Aufhebung der Schuld durch die Selbstanzeige im Gestaltungsspielraum des Gesetzgebers

B. VERWALTUNGSGERICHTSHOF

07.08.2018, [Ro 2018/02/0010](#)

StraßenverkehrsO; ggst stand unbestritten fest, dass der Polizeibeamte dem Betroffenen nachfuhr, ihn mehrmals erfolglos zum Anhalten aufforderte und sodann überholte, um ihm den Weg abzusperren und zum Anhalten zu zwingen; diese Vorgangsweise ist als Akt unmittelbarer Befehls- und Zwangsgewalt zu qualifizieren; eine **Maßnahme**, die durch **Blockieren der Fahrbahn** ein Fahrzeug zum Anhalten bringen soll, ist grundsätzlich durch die Bestimmung des § 97 Abs 5 StraßenverkehrsO gedeckt

27.09.2018, [Ro 2015/06/0008](#)

UVP-G; eine Bürgerinitiative ist, sofern sie die verfahrensrechtlichen Anforderungen des nationalen Gesetzgebers erfüllt, als Teil der betroffenen Öffentlichkeit anzusehen; ihr kommt daher in einem UVP-Verfahren ein Recht auf Beteiligung als Partei zu, unabhängig davon, ob ein solches Verfahren innerstaatlich als „ordentliches“ Genehmigungsverfahren oder als vereinfachtes Verfahren ausgestaltet ist; der in § 19 UVP-G vorgesehene Ausschluss der **Parteistellung von Bürgerinitiativen in vereinfachten Verfahren** ist daher nicht mit dem Unionsrecht vereinbar und die diesbezüglichen innerstaatlichen Rechtsgrundlagen haben daher unangewendet zu bleiben

C. VERWALTUNGSGERICHE

BVwG 01.08.2018, [W219 2166838-1](#)

ORF-G; VStG; beim Tatbestand des § 8a Abs 6 Z 1 erster Satz ORF-G kommt es darauf an, welchen Eindruck der durchschnittlich informierte und aufmerksame Zuseher bzw Zuhörer der ORF-Programme durch das Lesen eines Druckwerks hinsichtlich (des Ausmaßes) des Vorliegens oder Nichtvorliegens von **Informationen über Programme und Sendeinhalte** (des ORF) bekommt

LVwG Tir 15.10.2018, [LVwG-2018/37/0791-13](#)

WasserrechtsG; die nach § 56 **WasserrechtsG bewilligungspflichtigen Eingriffe** müssen den Charakter von Versuchen haben; die Bewilligungspflicht nach § 56 leg cit hängt von der durch den geplanten Versuch bewirkten Beeinträchtigung öffentlicher Interessen oder einer Verletzung bestehender Rechte ab; ist eine Verletzung bestehender Rechte auszuschließen, ist der Bewilligungsantrag gem § 56 leg cit mangels Zuständigkeit der Wasserrechtsbehörde zurückzuweisen; eine Bewilligungspflicht nach § 56 leg cit setzt voraus, dass die Beeinträchtigung öffentlicher Interessen oder eine Verletzung bestehender Rechte zu befürchten ist; es können daher nur solche Einwendungen vorgebracht werden, mit denen eine unzulässige Beeinträchtigung der im § 12 Abs 2 leg cit genannten wasserrechtlich geschützten Rechte durch den Versuch selbst geltend gemacht wird

LVwG Vbg 31.10.2017, [LVwG-455-2/2017-R11](#)

KommunalsteuerG; der Betrieb einer **Kinderbetreuungseinrichtung** für Bedienstete von Krankenanstalten durch deren Rechtsträger dient (unmittelbar) der Krankenfürsorge und damit einem **gemeinnützigen Zweck** iSd § 8 Z 2 KommunalsteuerG

IV. GERICHTSHOF DER EUROPÄISCHEN UNION

A. GERICHTSHOF

[13.11.2018, verb Rs C-47/17 und 48/17, X](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) Nr 604/2013 und Verordnung (EG) Nr 1560/2003 – **Bestimmung des Mitgliedstaats**, der für die **Prüfung eines Antrags auf internationalen Schutz** zuständig ist – Kriterien und Verfahren zur Bestimmung – **Gesuch um Aufnahme- oder Wiederaufnahme eines Asylbewerbers** – Ablehnende Antwort des ersuchten Mitgliedstaats – Ersuchen um neuerliche Prüfung – Art 5 Abs 2 der Verordnung Nr 1560/2003 – Antwortfrist – Ablauf – Wirkungen

13.11.2018, Rs C-247/17, Raugevicius

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Unionsbürgerschaft** – Art 18 und 21 AEUV – Von einem Drittstaat an einen Mitgliedstaat gerichtetes Ersuchen um Auslieferung eines Unionsbürgers, der Staatsangehöriger eines anderen Mitgliedstaats ist und im erstgenannten Mitgliedstaat sein Recht auf Freizügigkeit ausgeübt hat – **Auslieferungersuchen, das zum Zweck der Vollstreckung einer Freiheitsstrafe und nicht zum Zweck der Strafverfolgung gestellt wird** – Verbot der Auslieferung, das nur auf die eigenen Staatsangehörigen angewandt wird – Beschränkung der Freizügigkeit – **Rechtfertigung mit der Verhinderung von Straflosigkeit** – Verhältnismäßigkeit

13.11.2018, Rs C-310/17, Levola Hengelo

Vorlage zur Vorabentscheidung – Geistiges Eigentum – **Harmonisierung bestimmter Aspekte des Urheberrechts und der verwandten Schutzrechte in der Informationsgesellschaft** – Richtlinie 2001/29/EG – Anwendungsbereich – Art 2 – Vielfältigkeitsrecht – Begriff ‚Werk‘ – **Geschmack eines Lebensmittels**

14.11.2018, Rs C-18/17, Danieli & C. Officine Meccaniche ua

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Beitritt neuer Mitgliedstaaten** – Republik Kroatien – **Übergangsmaßnahmen** – Freier Dienstleistungsverkehr – Richtlinie 96/71/EG – **Entsendung von Arbeitnehmern** – Entsendung von kroatischen Staatsangehörigen und Drittstaatsangehörigen nach Österreich über ein Unternehmen mit Sitz in Italien

14.11.2018, Rs C-93/17, Kommission / Griechenland

Vertragsverletzung eines Mitgliedstaats – Staatliche Beihilfen – **Für rechtswidrig und mit dem Binnenmarkt unvereinbar erklärte Beihilfen** – Rückforderungspflicht – Urteil des Gerichtshofs, mit dem die Vertragsverletzung festgestellt wird – **Unternehmen, das sowohl zivile als auch militärische Tätigkeiten ausübt** – Nichtdurchführung – **Wesentliche Sicherheitsinteressen eines Mitgliedstaats** – Art 346 Abs 1 Buchst b AEUV – **Finanzielle Sanktionen** – Zwangsgeld – Pauschalbetrag – Zahlungsfähigkeit – Faktor ‚n‘ – **Kriterien für die Beurteilung der Zahlungsfähigkeit** – Bruttoinlandsprodukt – Gewichtung der Stimmen des Mitgliedstaats im Rat der Europäischen Union – **Neues Abstimmungssystem im Rat**

14.11.2018, Rs C-215/17, NKBM

Vorlage zur Vorabentscheidung – Rechtsangleichung – **Weiterverwendung von Informationen des öffentlichen Sektors** – Richtlinie 2003/98/EG – Art 1 Abs 2 Buchst c dritter Gedankenstrich – Aufsichtsanforderungen an Kreditinstitute und Wertpapierfirmen – Verordnung (EU) Nr 575/2013 – **Offenlegung durch Kreditinstitute und Wertpapierfirmen** – Art 432 Abs 2 – **Ausnahmen von der Offenlegungspflicht** – Als Geschäftsgeheimnis oder als vertraulich eingestufte Geschäftsinformationen – Anwendbarkeit – Kreditinstitute, die mehrheitlich dem Staat gehören – **Nationale Rechtsvorschriften, die den öffentlichen Charakter bestimmter Geschäftsinformationen im Besitz dieser Institute vorsehen**

14.11.2018, Rs C-238/17, Renerga

Vorlage zur Vorabentscheidung – Richtlinie 2009/72/EG – Art 3 Abs 2, 6 und 15 sowie Art 36 Buchst f – Elektrizitätsbinnenmarkt – **Hypothetischer Charakter der Vorlagefragen** – **Unzulässigkeit des Vorabentscheidungsersuchens**

14.11.2018, Rs C-296/17, Wiemer & Trachte

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Justizielle Zusammenarbeit in Zivilsachen** – Insolvenzverfahren – Verordnung (EG) Nr 1346/2000 – Art 3 Abs 1 – Internationale Zuständigkeit – Anfechtungsklage – **Ausschließliche Zuständigkeit der Gerichte des Mitgliedstaats, in dessen Gebiet das Insolvenzverfahren eröffnet wurde**

14.11.2018, Rs C-342/17, Memoria und Dall'Antonia

Vorlage zur Vorabentscheidung – **Beschränkungen der Niederlassungsfreiheit** – Zuständigkeit des Gerichtshofs – Zulässigkeit des Vorabentscheidungsersuchens – Rein interner Sachverhalt – **Nationale Regelung**, die auf Gewinnerzielung gerichtete **Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Urnenaufbewahrung verbietet** – Verhältnismäßigkeitsprüfung – **Kohärenz der nationalen Regelung**

[15.11.2018, Rs C-308/17, Kuhn](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EU) Nr 1215/2012 – Zuständigkeit in Zivil- und Handelssachen – Anwendungsbereich – Art 1 Abs 1 – Begriff ‚Zivil- und Handelssachen‘ – **Von einem Mitgliedstaat begebene Anleihen** – Beteiligung des privaten Sektors an der Umstrukturierung der Staatsschuld dieses Staates – **Einseitige, rückwirkende Änderung der Anleihebedingungen** – **Umschuldungsklauseln** – Klage privater Gläubiger, die als natürliche Personen Inhaber solcher Anleihen sind, gegen diesen Staat – **Haftung des Staates für Handlungen oder Unterlassungen** im Rahmen der **Ausübung hoheitlicher Rechte**

[15.11.2018, Rs C-330/17, Verbraucherzentrale Baden-Württemberg](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Verordnung (EG) Nr 1008/2008 – Art 2 Nr 18 – Art 23 Abs 1 – Verkehr – **Gemeinsame Vorschriften für die Durchführung von Luftverkehrsdiensten in der Europäischen Union** – Information – Angabe des zu zahlenden Endpreises – Einbeziehung des Flugpreises in den zu zahlenden Endpreis – Verpflichtung, Flugpreise in Euro oder in Landeswährung auszuweisen – **Auswahl der maßgeblichen Landeswährung** – Anknüpfungskriterien

[15.11.2018, Rs C-457/17, Maniero](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gleichbehandlung ohne Unterschied der Rasse oder der ethnischen Herkunft – Richtlinie 2000/43/EG – Art 3 Abs 1 Buchst g – Geltungsbereich – Begriff ‚Bildung‘ – **Vergabe von Stipendien, die juristische Forschungs- oder Studienvorhaben im Ausland fördern sollen, durch eine private Stiftung** – Art 2 Abs 2 Buchst b – **Mittelbare Diskriminierung** – Vergabe der Stipendien unter der Voraussetzung des Bestehens der Ersten Juristischen Staatsprüfung in Deutschland

[15.11.2018, Rs C-592/17, Baby Dan](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Gemeinsamer Zolltarif – Kombinierte Nomenklatur – Tarifierung – Positionen und Unterpositionen 4421, 7326, 7318 15 90, 7318 19 00 und 9403 90 10 – **Speziell für die Anbringung von Kindersicherheitsgittern konzipierter Artikel** – Dumping – Gültigkeit der Verordnung (EG) Nr 91/2009 – Einfuhren bestimmter Verbindungselemente aus Eisen und Stahl mit Ursprung in China – **Antidumping-Übereinkommen der Welthandelsorganisation (WTO)** – Verordnung (EG) Nr 384/96 – Art 3 Abs 2 und Art 4 Abs 1 – **Bestimmung des Begriffs ‚Wirtschaftszweig der Gemeinschaft‘**

[15.11.2018, Rs C-648/17, BTA Baltic Insurance Company](#)

Vorlage zur Vorabentscheidung – Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherung – Richtlinie 72/166/EWG – Art 3 Abs 1 – **Begriff ‚Benutzung eines Fahrzeugs‘** – **Unfall, an dem zwei auf einem Parkplatz geparkte Fahrzeuge beteiligt waren** – Materieller Schaden, der an einem Fahrzeug durch einen Mitfahrer des Nachbarfahrzeugs beim Öffnen der Tür dieses Fahrzeugs verursacht wurde

B. SCHLUSSANTRÄGE

[14.11.2018, Rs C-465/17, Falck Rettungsdienste und Falck \(GA Campos Sánchez-Bordona\)](#)

Vorabentscheidungsverfahren – **Öffentliche Aufträge** – Richtlinie 2014/24/EU – **Besondere Ausnahmen** für Dienstleistungsaufträge – **Dienstleistungen des Katastrophenschutzes, des Zivilschutzes und der Gefahrenabwehr** – Gemeinnützige Organisationen oder Vereinigungen – Einsatz von Krankenwagen

[15.11.2018, Rs C-393/17, Kirschstein \(GA Bobek\)](#)

Vorabentscheidungsersuchen – Binnenmarkt – Richtlinie 2006/123/EG – Anwendungsbereich – **Definition der Dienstleistungen im Sinne des Unionsrechts** – Nicht-wirtschaftliche Dienstleistungen von allgemeinem Interesse – Privat finanziertes Hochschulwesen – Unlautere Geschäftspraktiken – **Verbot der Verleihung des Grades des Masters für nicht anerkannte Einrichtungen** – Strafrechtliche Sanktionen

15.11.2018, Rs C-399/17, Kommission/ Tschechische Republik (GA Wahl)

Vertragsverletzung – Art 258 AEUV – Verordnung (EG) Nr 1013/2006 – Verbringung von Abfällen – Als TPS-NOLO (Geobal) bekannter Stoff – **Rücknahme illegal verbrachter Abfälle** – Einstufung – Art 28 – **Behandlung eines Stoffes als Abfall bei Differenzen bezüglich der Einstufung** – Zulässigkeit

15.11.2018, verb Rs C-487/17 bis C-489/17, Verlezza ua (GA Campos Sánchez-Bordona)

Vorabentscheidungsersuchen – Umwelt – Richtlinie 2008/98/EG – Abfälle – Entscheidung 2000/532/EG – **Europäisches Abfallverzeichnis** – **Einstufung von Abfällen** – Spiegelcodes – Abfälle, denen gefahrenrelevante und nicht gefahrenrelevante Abfallcodes zugeordnet werden können – Abfälle aus der mechanischen Behandlung von Siedlungsabfällen

C. GERICHT

15.11.2018, T-207/10, Deutsche Telekom / Kommission

Staatliche Beihilfen – **Steuerliche Regelung, nach der in Spanien steuerlich ansässige Unternehmen den Geschäfts- oder Firmenwert**, der sich aus dem Erwerb einer Beteiligung an einem im Ausland steuerlich ansässigen Unternehmen ergibt, **abschreiben können** – Entscheidung, mit der diese **Beihilfe für mit dem Gemeinsamen Markt unvereinbar** erklärt und ihre **teilweise Rückforderung** angeordnet wird – Bestimmung, nach der die Regelung teilweise weiter angewendet werden darf – Antrag auf Feststellung der Erledigung der Hauptsache – Fortbestehen des Rechtsschutzinteresses – Vertrauensschutz – Präzise Zusicherungen der Kommission – Berechtigung des Vertrauens – **Zeitlicher Geltungsbereich des Vertrauensschutzes**

V. EUROPÄISCHER GERICHTSHOF FÜR MENSCHENRECHTE

09.11.2018, Beschwerde Nr 71409/10, Beuze / Belgien (GK)

Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **Führung** eines **Ermittlungsverfahrens** gegen den Bf wegen mehreren Straftaten; **Verweigerung** des Zugangs zu einem **Anwalt** während des Ermittlungsverfahrens durch die nationalen Behörden; der fehlende Zugang zu einem Rechtsanwalt im Ermittlungsverfahren war besonders weitreichend; **keine Aufklärung** des Bf über sein Recht zu **Schweigen**; der Bf machte detaillierte Aussagen während des Ermittlungsverfahrens; die Aussagen wurden vor Gericht als Beweise verwendet; die **Auswirkungen** der **Abwesenheit** eines Anwalts im Ermittlungsverfahren wurden vor Gericht **nicht berücksichtigt**

13.11.2018, Beschwerde Nr 6970/15, Zhang / Ukraine

Verletzung von **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren); **Verurteilung** eines chinesischen Studenten (Bf) in der Ukraine wegen **Mordes** an einem ukrainischen Staatsbürger; Verurteilung erfolgte auf Basis **widersprüchlicher Zeugenaussagen**; **Verweigerung** des Gerichts, **Zeugenaussagen** zugunsten des Bf zuzulassen; Verletzung von **Art 6 EMRK**; der Bf erhielt eine Entschädigung iHv EUR 7.500,--

15.11.2018, Beschwerde Nr 29580/12 ua, Navalnyy / Russland (GK)

Verletzung von **Art 5 EMRK** (Recht auf Freiheit und Sicherheit), **Art 6 EMRK** (Recht auf ein faires Verfahren), **Art 11 EMRK** (Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit) und **Art 18 EMRK** (Begrenzung der Rechtseinschränkung); wiederholte Festnahmen und stundenlange Verhöre eines russischen Oppositionspolitikers (Bf) in den Jahren 2012 und 2014; sieben Festnahmen und die zweimalige Verhängung der Untersuchungshaft erfolgten unrechtmäßig; Verletzung von **Art 5 EMRK**; innerstaatliche Urteile stützten sich nur auf die von der Polizei geschilderten Ereignisse; Verletzung von **Art 6 EMRK**; Festnahmen erfolgten während friedlicher Versammlungen; Verletzung von **Art 11 EMRK**; Vorgehen der nationalen Behörden war teils **politisch motiviert**; Verletzung von **Art 18 EMRK** iVm Art 5 EMRK und Art 11 EMRK; der Bf erhielt eine Entschädigung iHv EUR 63.678,--

[Newsletter ÖER Aktuell kostenlos abonnieren](#)

[Rundbrief Polizeirecht Aktuell kostenlos abonnieren](#)

DISCLAIMER

Bundesgesetzblatt: BGBl I vollständig; im Übrigen erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Amtsblatt der EU: Aufgenommen werden sämtliche „Gesetzgebungsakte“; bei den „Rechtsakten ohne Gesetzescharakter“ sowie den „Mitteilungen und Bekanntmachungen“ erfolgt eine Auswahl nach den Forschungsschwerpunkten der Institute, Aktualität und Relevanz.

Verfassungsgerichtshof: Erkenntnisse (mit Ausnahme von „Serien“) vollständig, bei den Beschlüssen erfolgt eine Auswahl nach Relevanz.*

Verwaltungsgerichtshof und Verwaltungsgerichte: Auswahl nach Forschungsschwerpunkten der Institute (insb Baurecht, Energierecht, Gewerberecht, Hochschulwesen, Polizeirecht, Raumordnung, Technikrecht, Umweltrecht, Verwaltungsverfahren, Verwaltungsstrafrecht, Verwaltungsgerichtsbarkeit, Entscheidungen mit europarechtlicher Relevanz), Aktualität und Relevanz.

Gerichtshof der EU: Vollständige Auflistung der Urteile und Schlussanträge.*

Gericht der EU: Aufgenommen werden sämtliche Urteile mit Österreich-Bezug sowie Nichtigkeitsklagen gem Art 263 AEUV.*

Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte: Urteile der Großen Kammer vollständig, Urteile und Beschlüsse einer Kammer mit Österreich-Bezug vollständig, sonstige Entscheidungen nach Aktualität und Relevanz.

* Die amtliche Auswertung (Leitsätze) des jeweiligen Gerichts wird wörtlich übernommen.

IMPRESSUM

Herausgeber/Medieninhaber: Institut für Europarecht, Institut für Verwaltungsrecht und Verwaltungslehre, Johannes Kepler Universität Linz, Altenberger Straße 69, A-4040 Linz.

Redaktion: Assoz. Univ.-Prof. Dr. Franz Leidenmühler, Univ.-Prof. Dr. Michael Mayrhofer (Leitung), Univ.-Ass. Mag. Sandra Grafeneder LL.B., Hofrat Dr. Alfred Grof (LVwG Oberösterreich), Univ.-Ass. Mag. Claudia Höbarth, Univ.-Ass. MMag. Ranjana Achleitner, Univ.-Ass. Mag. Sarah Heimpl, Univ.-Ass. Mag. Marlene Haderer, Wiss.-Mit. Clara Buder.

Hinweis: Es wird darauf hingewiesen, dass alle Angaben im Newsletter ÖER Aktuell trotz sorgfältiger Bearbeitung ohne Gewähr erfolgen und eine Haftung der Herausgeber, der Redaktion oder sonstiger Personen ausgeschlossen ist.